

Name der Kandidatin: Britta Werner

Partei: PIRATEN

Derzeitiger Listenplatz auf der Liste: 2

Frage 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Mainz künftig insbesondere in Fällen potentieller Wohnbebauung von ihrem im Baugesetzbuch (§§ 24 ff. BauGB) verankerten Vorkaufsrecht Gebrauch macht, oder hiervon lediglich gegen Auflagen Im Hinblick auf soziale und ökologische Standards, die der Investor zu erfüllen hat keinen Gebrauch macht?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Frage 2: Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass es zu keinerlei Privatisierung öffentlichen Raums in Mainz kommt?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Frage 3: Werden Sie sich aktiv für die Verabschiedung einer Transparenzsatzung der Stadt Mainz einsetzen, welche im Wesentlichen analog zum Transparenzgesetz RLP Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger schafft (Hinweis: Dabei würde es selbstverständlich auch genügen, dass eine solche Transparenzsatzung künftig die Möglichkeit einräumt als Holschuld entsprechende amtliche Informationen auf Anfrage zu erlangen, ohne dass hierdurch eine Bringschuld der Verwaltung mit dem entsprechenden administrativen Aufwand konstituiert würde)?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Frage 4: Werden Sie sich nach dem Vorbild anderer Kommunen (z. B. Heidelberg, Gießen etc.) für die Verabschiedung einer kommunalen Satzung zur Herbeiführung tatsächlicher Bürgerbeteiligung einsetzen, die sich nicht (erneut) in bloßen Alibimaßnahmen erschöpft, sondern echte Entscheidungskompetenzen einräumt?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Persönliche Bemerkung:

Mainz braucht mehr Gestaltungsspielraum im Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung, aber auch auf weitere Infrastruktur wie Verkehrswege und Breitbandausbau. Grund und Boden müssen der Spekulation entzogen werden. Die dazu erforderlichen Mittel stellen keine Schulden dar, sondern können gegenüber einer ADD als erforderliche Investitionen begründet werden, um kommunale Ausgaben nachhaltig zu senken. Angesichts der Attraktivität unserer Stadt innerhalb der Metropolregion FrankfurtRheinMain ist es eine Frage des politischen Willens, Vorhaben transparent zu planen sowie privaten und institutionellen Kapitalgebern einen Rahmen vorzugeben, wie er im Falle der Ludwigstraße bereits in den ersten Foren bürgerschaftlich erarbeitet und fast einstimmig vom Stadtrat beschlossen wurde.